

## "Chancen" in Die Gegenwart (1. Juni 1950)

**Legende:** Am 1. Juni 1950 legt die deutsche Zeitschrift Die Gegenwart die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen des Schuman-Plans für die Bundesrepublik Deutschland dar und betont, wie wichtig die Einbeziehung Osteuropas in die zukünftige Montanunion ist.

**Quelle:** Die Gegenwart. Hrsg. Brück, Max von; Freund, Michael; Haerdter, Robert; Hauenstein, Fritz; Küsel, Herbert; Oeser, Albert; Reifenberg, Benno; Sieburg, Friedrich ; Herausgeber Reifenberg, Benno. 01.06.1950, Nr. 108; 5. Jg. Freiburg im Breisgau: Die Gegenwart GmbH. "Chancen", p. 1-3.

**Urheberrecht:** (c) Die Gegenwart

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/chancen\\_in\\_die\\_gegenwart\\_1\\_juni\\_1950-de-eb5fd952-cc66-4bb1-a96a-424f6da8b30d.html](http://www.cvce.eu/obj/chancen_in_die_gegenwart_1_juni_1950-de-eb5fd952-cc66-4bb1-a96a-424f6da8b30d.html)

**Publication date:** 18/12/2013

## Chancen

Der 9. Mai 1950 wird ein wichtiges Datum der europäischen Geschichte bleiben, auch wenn aus dem französischen Vorschlag der Kohle-Stahl-Union nicht ganz das werden sollte, was versprochen ist. Die französischen Matadoren haben den Stier, der Europa nicht nur in der Sage verführt hat, sie haben den bedrohlichen Nationalismus bei den Hörnern gepackt. Über dem großen Beifall rings um die politische Arena sind die Bedenken, ob der kühne Griff gelingt, allerdings nicht zu überhören. Kohle und Stahl sind uns in Europa noch die unbestrittenen Instrumente des modernen Machtwillens, der militante Stahl mehr als die Kohle, die nur die Hitze liefert, in der die Erze geschmolzen und das Eisen geschmiedet werden. Die Kohle ist mehr das ökonomische Element des Planes, der Stahl das politische. Die Kohle der Ruhrzechen kann der offensichtlich bedrängten französischen Stahlindustrie den Koks billiger und besser liefern als die lothringischen und saarländischen Gruben. Aber die Kohle ist in der Hierarchie der Grundstoffe nur der Bauer. Der am meisten umworbene Lieferant ist der glänzende Stahl, der kriegerische Herr im Salon der Nationen. Seine Rolle in der Union, die ihm den Dienst am Frieden zuweist, zunächst im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, erregt viel mehr die Öffentlichkeit. Dem politischen Inhalt des Vorschlags mußte sich wohl das Ökonomische so sehr unterordnen, daß die Elektrizität, dieses hervorragendste Objekt internationaler Verbundwirtschaft, merkwürdigerweise gar nicht genannt wurde. Wir Europäer sind dem 19. Jahrhundert noch so sehr verhaftet, daß wir auch das vordringende Erdöl und das zukunftsreiche Uran nicht im vollen Gewicht in der Konkurrenz der Machtmittel sehen. Oder wird deswegen, weil sich das Verhältnis der Grundstoffe so sehr verschoben hat, der Unionsplan gefördert und erleichtert, hat die alte Schwerindustrie an politischer Explosionsgefahr verloren, an ökonomischem und sozialem Drang zur Verständigung gewonnen? Es ist ohnedies unvorstellbar, daß die prädestinierten Partner der Union noch einmal miteinander Krieg führen, es sei denn in planetarischer Kombination. So bliebe als ein Ziel der Sicherheitswünsche der Union, Deutschland, das westliche, der atlantischen Kombination zu verhaften.

Wir gehören nicht zum Atlantik-Pakt. Seine Mitglieder haben aber eben im Londoner Schlußkommuniqué versichert, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Völker der freien Welt durch enge Zusammenarbeit untereinander und mit anderen Nationen fördern wollen. Das ist das Plazet für die deutsch-französische Union. Wir entziehen ihr nicht unsere Sympathie, wenn wir mit Unbehagen ostwärts blicken. Wird nicht die Kluft zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland erweitert, eine neue Station auf dem Passionsweg der Trennung errichtet werden? Zu den privaten Stahlkartellen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörten außer dem deutschen Osten auch Polen und die Tschechoslowakei. Die Aufrichtung einer „allen Ländern, die sich daran beteiligen wollen, zugänglichen machtvollen Produktionseinheit“ sollte nicht bei der platonischen Aufforderung bleiben. Sie müßte, um ganz ernsthaft zu sein, das östliche Europa konkret und dringlich zum Beitritt auffordern unter so eindeutigen, friedfertigen Bedingungen, daß dem Westen von Moskau nicht mehr vorgeworfen werden kann, es handele sich bei der Union „um ein kriegshetzerisches Vorhaben der Wallstreet“, die übrigens allerhand liberale Bedenken vorzubringen hat. Wenn Dr. Adenauer die deutsch-französische Verständigung das Grundproblem Europas nennt, will er wohl nicht das andere, das die Trennung Deutschlands darstellt, unterschätzen. Diese darf in keiner Kombination übersehen, ihre Verschärfung darf vor allem von uns aus nicht ohne östlichen Zwang hingenommen werden. Darum ist dem Osten die Union nicht nur als eine werbende Attraktion vorzustellen, sondern als eine reale Möglichkeit des Beitritts, den zu verwehren dann Moskau überlassen sein muß.

Es geht bei diesem Projekt nicht in erster Linie um Exportquoten und den Ausschluß von Preisunterbietungen, also um eine Kartellierung, es wird mit ihr die modernste Form der Zusammenarbeit gesucht. Auf ihrem sozialen Untergrund liegt ungelöst die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Sozialpartner. Kurz nach dem ersten Weltkrieg wurde in Deutschland die Rhein-Elbe-Union, jener Elektro-Montan-Trust gebildet, der eine „Versicherung des freien Unternehmertums gegen die Sozialisierungsgefahren“ sein sollte. Die Sozialisierung blieb in der Politik stecken. Jene Union wurde keine Realität. Die Entwicklung der Eisenindustrie ging rasch darüber hinweg zur Wiederherstellung des Stahlwerksverbands. Zwei Jahre später, im Jahre 1926, kam es zur internationalen Rohstahlgemeinschaft. Die Situation der kontinentalen Stahlmärkte und insbesondere des Stahlexports schien in letzter Zeit rasch wieder dem Kartell entgegenzueilen. Die Konkurrenz und die Preisunterbietungen entfalteten sich mit dem noch beschränkten deutschen Zutritt zu den Weltmärkten und mit der Produktionsreife großer, zum Teil

ohne genügende Rücksicht auf die Kosten durchgeführter ausländischer Investitionen, zusehends mit der Aussicht auf Verluste und Krisen. Der Schuman-Plan will nicht die Kartellierung, sicher nicht die privatwirtschaftliche alten Stils. Er will offenbar auch nicht die Sozialisierung („die Errichtung der Hohen Behörde greift den Eigentumsverhältnissen in keiner Weise vor“). Da die Kohle in Frankreich und England schon nationalisiert ist und von der Ruhrkohle erwartet wird, daß sie auf diesem Wege folgen wird, liegt das Problem der Union auch insofern beim Stahl.

Der Sozialist Ramadier, der ehemalige französische Ministerpräsident, hat vor kurzem der Nationalversammlung eine EntschlieÙung vorgelegt, die eine herbe Kritik an der zentralistischen, bürokratischen, kostspieligen Durchführung der Sozialisierung (bei der Elektrizitätswirtschaft) darstellt. Ramadier empfiehlt weitgehende Dezentralisation, um das Verantwortungsgefühl zu stärken und die Initiative zu entfalten. (Die Unionsplaner sollten dieses Dokument sichtbar zu ihrem Baumaterial nehmen.) An diesem Punkt, wo auch den Engländern der Zentralismus der Nationalisierung unbequem geworden ist, muß die Union eine moderne Form der Zusammenarbeit finden, die die Sozialpartner befriedigt, die Beschäftigung erweitert und die kontinental-europäische Konkurrenz nicht anstößig macht. Der französische Plan bietet die AufschlieÙung Afrikas an, gewiß eine mögliche, aber nicht rasch und wirkungsvoll genug realisierbare Vergrößerung des Marktes. Der östliche Markt wäre sofort aufnahmefähiger. Nach Rapallo und zum zweitenmal nach jenem verhängnisvollen Pakt zwischen Hitler und Stalin hat Deutschland den östlichen Hunger nach Stahl und vor allem nach dem technisch überlegen verarbeiteten Stahl befriedigt. Soll sich nicht die künftige Union darum bemühen? Stahllieferungen für den Osten wären gewiß ein großes Risiko. Wäre es größer als das, in dem man jetzt lebt? Man hat auch insofern den Stier bei den Hörnern. Er könnte den begehrten Stahl bringend, die Idee des listenreichen Odysseus im Kalten Krieg umkehren und dem vielleicht gewagten, vielleicht erfolglosen Versuch dienen, eine fatale Entwicklung zu werden.

Mit dem „bedeutsamsten Projekt seit der Harvard-Rede Marshalls“ soll ja so viel erschlossen und gelöst werden und die zu entwickelnde „dritte Kraft“, von der immer wieder gesprochen wird, will doch vermitteln und nicht noch tiefer trennen. Sie kann sich auf keinen Fall gegen England wenden; denn dort ist ihre Wiege. Attlee, der mit gelassenem Großmut dem Unions-Plan sein Jawort gab, obwohl London vom Konzept erst erfuhr, als es veröffentlicht wurde, erklärte an der Jahreswende 1947/48:

„Der Sowjetkommunismus verfolgt eine Politik, welche uns mit einem ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus bedroht. Die Vereinigten Staaten verteidigen die individuelle Freiheit auf politischem Gebiet und die Menschenrechte. Großbritannien und auch die anderen Länder Westeuropas befinden sich geographisch, wirtschaftlich und politisch zwischen diesen beiden extremen Ansichten. Unsere Aufgabe besteht darin, ein neues System auszuarbeiten, welches die individuelle Freiheit mit der demokratischen Planwirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit kombiniert.“

Soziale Gerechtigkeit kündigte unabhängig von der Kohle-Stahl-Union und vor ihr mit größtem Nachdruck auch der französische Ministerpräsident an, und der Streit um das Mitbestimmungsrecht rückt sie in den Mittelpunkt der deutschen Innenpolitik. Die bürgerliche Welt feiert den 1. Mai nicht nur offiziell-formell mit, sie hat sich viel mehr vom sozialistischen Programm angeeignet, als die parlamentarischen und sozialen Gegensätze erkennen lassen. Der Liberalismus ist sozial geworden, weil die große Mehrheit der Wähler längst zu den sozial Abhängigen gehört. Mit der Wegsteuerung von durchschnittlich 40 Prozent und mehr des Arbeitsertrags und der Gewinne ist eine „Sozialisierung des Einkommens“ durchgeführt, die der Liberalismus von 1900 sich nicht im Wahntraum hätte vorstellen können. Der Respekt vor dem privaten Eigentum hat sich in zwei Weltkriegen und ihren Folgen wesentlich vermindert. Die Rechte der Gläubiger sind von fast allen Regimen in Inflationen mißhandelt worden. Der demokratische Sozialismus ist liberaler geworden, weil er eines seiner wichtigsten Anliegen, die politische Freiheit, von zwei Seiten bedroht sieht. Wenn Kohle und Stahl zum Inbegriff der Sozialisierung geworden sind, ist im Grunde genommen nur ihre Form umstritten. Die eine Seite will das erhalten, was man Privatinitiative nennt. Die andere Seite will die wirtschaftliche Gleichberechtigung, und jede Seite erkennt, wenn sie ehrlich ist, die Forderung der anderen an. Nur die Realisierung, ihr materielles Ausmaß und die Verfügungsgewalt sind umkämpft.

Die Union bietet eine einzigartige Möglichkeit, die soziale Frage, wenn nicht zu lösen — das wird wohl nie ganz gelingen — so doch zu entwirren, in einer „europäischen Formel“ nicht bloß für das

Vierpunkteprogramm (Schuman), sondern auf einem dritten Weg zum sozialen Frieden. Bei der Veröffentlichung des Ruhrstatuts forderte Arnold, der Ministerpräsident des Ruhrgebiets, einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage, in den Deutschland die Ruhr, Frankreich das lothringische Erz, beide Länder die Saar, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie einbringen sollen. Amerikaner hatten vorher schon in ähnlicher Weise ihre Tennessee-Konstruktion vorgeschlagen. Wenn man ein monopolistisches Kartell privater oder staatlicher Prägung vermeiden will, kommt es in der Union so oder so zu einer Art internationaler Sozialisierung; denn wie die Staaten in einem lebensfähigen Bund einen großen Teil ihrer Souveränität aufgeben müssen, werden die kollektiven und individuellen Eigentümer der Bergwerke und der Stahlwerke in ihren Verfügungsrechten durch die vorgeschlagene Hohe Behörde erheblich beschränkt werden. Die französischen Stahlindustriellen sprechen nicht mit Unrecht vom internationalen Dirigismus. Nach den Erfahrungen der Engländer und der Franzosen mit dem Zentralismus der Nationalisierung und angesichts der Neigung unserer Zeit zur eigenmächtigen Bürokratie werden viel Intuition und Organisationskunst nötig sein, um mit dieser Union eine Form zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zu entwickeln, die die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme nicht vermehrt, sondern als Vorbild und Antrieb für ihre Entwirrung und Lösung wirkt.

Die Genossenschaft ist zunächst nur eine Parole gegen Bürokratisierung und Zentralisierung. Gestalt und Inhalt der Union werden von den Persönlichkeiten bestimmt, die sie konstruieren und später leiten. Ihre Auslese ist schon eine Entscheidung, sei sie politisch oder fachlich; denn es sind die Interessenten zurückzudrängen. Es kann nicht darum gehen, die Quoten der vorhandenen und heranwachsenden Kapazitäten auszuhandeln und zu verewigen. Das Ziel muß im dauernden Prozeß, nicht in einer einmaligen, mehr oder weniger willkürlichen Aktion sein, die Produktion am günstigsten Standort und bei den billigsten Kosten zu konzentrieren, Unrentables auszuschalten, für Europa eben etwas Neues zu entwickeln, nachdem die ERP-Mittel von Anfang an in der latenten Gefahr waren, dem Protektionismus und der nationalen Autarkie Vorschub zu leisten. Es ist wohl übertrieben, wenn Schuman eben erklärte, daß die zentrale Lenkung „keine Regierungsinteressen, vor allem aber keine Privatinteressen vertreten“ soll; denn die Hohe Behörde kann nicht so erhaben sein, daß sie vom Himmel aus dirigiert. Es genügt, wenn sie nicht einseitig Interessen verfehlt. Wenn beim Ausgleich der Produktionsbedingungen vom höchsten Lohnniveau ausgegangen wird, so liegt schon insofern eine, wenn auch verständliche Interessenwahrung vor, als man die Preiskonkurrenz vom Lohn aus (Sozialleistungen wohl eingeschlossen) ausschließen will. Vom berechtigten deutschen Interesse aus ist zu erwarten, daß die Rationalisierung nicht vor dem schon überholten Ruhrstatut, dem eben neugefaßten Gesetz Nr. 75 und vor einer aus ganz anderen Erwägungen fixierten deutschen Stahlquote stehen bleiben darf.

Die Bauherren der Union können nicht Technokraten sein, die nur in Kapazitäten, technischen Kombinationen und Investitionen denken und denen Märkte und Konsum auch nur technische und organisatorische Kategorien sind. Die Mitwirkung der Technik ist so nötig wie ihr Anteil am Produktionsapparat. Aber die entscheidende Planung muß in der Hand politischer Ökonomen liegen, die außer den Bäumen auch den Wald sehen, das gesamte ökonomische und soziale Leben, und die die wichtigste Voraussetzung nicht übersehen, das scheinbar altmodische *ceterum censeo* nicht überhören: stabiles und neutrales Geld. Wenn die Gerechtigkeit das Fundament der Regime ist, ist die feste Währung die Grundlage des sozialwirtschaftlichen Daseins. Mit unsicheren Wertmaßstäben kann es zu keiner echten, reibungslosen Zusammenarbeit kommen. Darum ist mindestens so wichtig wie die Kohle-Stahl-Union selbst die Gewinnung fester, austauschbarer Valuten, die Währungseinheit eben, die in jener anderen Union, der europäischen Clearing-Union, gesucht wird, der eben die Briten, wenn auch noch mit Vorbehalten, zugestimmt haben. Die stabile Währungseinheit garantiert nicht bloß die klare Kalkulation, sondern ermöglicht erst den sozialen Ausgleich. Nur wenn alle Teilnehmer mit konvertiblem Geld die gleiche wirtschaftliche Sprache sprechen, werden Mißverständnisse beim Aufbau und Ausbau der Union vermieden werden können.